

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/06/2011  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 18.10.2011  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege
7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
8. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gemäß § 6 der GeschO des Rates  
Hier: Bewerbung als Modellkommune zum Projekt "Kommunale Präventionsketten"  
Vorlage: 0897/2011
9. Bericht 2010 Kultopia / Music Office Hagen  
Hier: Programm und Projekte 2011, Nachwuchsförderung Populärmusik
10. Satzung der Stadt Hagen für öffentliche Spielflächen  
Vorlage: 0735/2011
11. Abschlussbericht zur Einsparung von 158.000 € aus den Budgetverträgen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege  
Vorlage: 0693/2011
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und eröffnet die Sitzung.

Er teilt mit, dass die unter TOP 6 angekündigte Vorlage nicht beraten werden könne, weil diese von der Verwaltung noch nicht habe fertig gestellt werden können.

Es werde unter diesem Tagesordnungspunkt über den Sachstand der Angelegenheit berichtet. Die angekündigte Vorlage werde es zu einem späteren Zeitpunkt geben.

Außerdem sei seitens des Fachbereichsleiters vorgeschlagen worden, dass die für den 29. November vorgesehene Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf Montag, den 21. November vorgezogen werde. Der Grund dafür liege darin, dass der Gutachter Herr Krämer-Mandau nur an diesem Tag für einen Vortrag im Jugendhilfeausschuss Zeit habe. Er werde dann die Ergebnisse der Untersuchungen der Schulentwicklungsplanung im Zusammenhang mit der Kindergartenbedarfsplanung vorstellen.

Er persönlich befürworte die Terminverschiebung.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass die JHA-Sitzung am 21.11.2011 um 15.00 Uhr beginnen soll.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber berichtet von der am vergangenen Samstag stattgefundenen Integrationskonferenz. Es sei eine erfolgreiche Veranstaltung gewesen. Es habe mehrere Arbeitsgruppen gegeben, deren Ergebnisse über Bewertungen von verschiedenen Themenbereichen innerhalb der Stadt Hagen präsentiert worden seien. Anschließend seien Gruppen gebildet worden, die weiter an diesem Themenkomplex arbeiten würden. Es gebe daher die Möglichkeit, in den nächsten Monaten intensiv daran mitzuarbeiten. Wer Interesse habe, solle sich bitte bei Herrn Goldbach oder Frau Keller von der RAA melden.

Herr Goldbach teilt mit, dass der erste Termin für alle drei Arbeitsgruppen am 10.11.2011 stattfinde, der zweite Termin am 14.12.2011 und der dritte im Januar 2012.

Frau Versteeg-Schulte berichtet von der Gesundheitskonferenz, bei der es unter anderem um die Vorsorgeuntersuchungen in den Kitas gegangen sei. Die gestrige Auftaktveranstaltung sei gut angelaufen. Es hätten ausgewählte Kindertageseinrichtungen teilgenommen. Die Zielgruppe, die man habe erreichen wollen, sei angesprochen worden. Ziel sei die Teilnahme der Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen gewesen.

Herr Strüwer erinnert an die Beschlussfassung im Rahmen des Kinder- und -Jugendförderplans, bei der es unter anderem um den Erhalt des Jugendzentrums Berchum gegangen sei. Voraussetzung dafür sei gewesen, dass ein geeigneter Ort gefunden werde und genügend Geld für den Weiterbetrieb zur Verfügung stehe. Die evangelische Kirchengemeinde in Berchum habe zusammen mit dem Betreiber ESW die Möglichkeiten ausgelotet. Ergebnis sei, dass im Gemeindehaus Räumlichkeiten entstehen würden. Die Finanzierung sei nun sichergestellt durch Mittel der Bezirksvertretung, der Volksbank Hohenlimburg und des Rates der Stadt Hagen über die Sparkassenspende. Die Unterstützung der Fachverwaltung müsse an dieser Stelle auch lobend erwähnt werden. Man hoffe, Anfang des nächsten Jahres an den Start gehen zu können.

### **3. Anliegen der Jugendräte**

Herr Talash berichtet, dass der Jugendrat der Stadt Hagen das Integrationskonzept ausdrücklich begrüße. Man werde sich bei Erstellung des Konzeptes einbringen.

Der Gesamtstädtische Jugendrat fahre Ende November für zwei Tage nach Berlin. Dort werde man sich u. a. eine Plenarsitzung im Bundestag anschauen.

### **4. Bündnis für Familien**

entfällt

### **Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Frau Versteeg-Schulte informiert darüber, dass man in der vergangenen Woche die einrichtungsbezogenen Bescheide über die Kindspauschalen an die Träger weitergeleitet habe. Bekanntermaßen bezögen sich die Zahlen auf die am 15.03.2011 gemeldeten Kinder. Die weiteren Meldungen bezögen sich dann auf die tatsächlich in den Einrichtungen betreuten Kinder. Seitens der Träger bräuchten keine weiteren Meldungen erfolgen. Die Daten zöge man aus den entsprechenden Programmen, mit denen man arbeite.

## 6. Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erinnert in diesem Zusammenhang an den Auftrag an die Verwaltung aus der letzten Sitzung. Man habe die Prüfung vorgenommen. Die Beratung im Verwaltungsvorstand sei nicht abschließend erfolgt. Der Oberbürgermeister habe den Wunsch, noch mit den Fraktionen über die Konsequenzen aus den Ergebnissen zu beraten. Er könne heute daher nur über ganz wenige Eckpunkte informieren. Es sei so, dass in der Satzung geregelt sei, dass der Stichtag jeweils der 1. November sei. Die entsprechende Altersklassifizierung und Einordnung in der Beitragstabelle werde danach vorgenommen. Das sei in den letzten zwei Jahren nicht fehlerfrei vorgenommen worden. Deshalb müsse das korrigiert werden. Es müsse eine Anpassung vorgenommen werden. Die Beiträge müssten dann von den Eltern nachgefordert werden. Für den gesamten Zeitraum gehe es dabei um rund 250.000 €. Es gehe dabei nur um den zurückliegenden Zeitraum. Die neu entstehenden Fälle würden seit April / Mai 2011 satzungsgemäß behandelt. In Bezug auf die Rückforderungen seien zwei Verfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Es gebe einen deutlichen Rechtsberatungshinweis des Gerichtes an den Anwalt der Kläger, dass das Verwaltungsgericht der Rechtsauffassung der Stadt Hagen folge. Die Kläger würden gebeten, ihre Klagen zurückzuziehen. Man warte jetzt auf die Reaktion seitens der Kläger und habe bis dahin alle weiteren Verfahren ausgesetzt, um eine endgültige Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abzuwarten.

Herr Strüwer äußert sein Verständnis für den Unmut der betroffenen Eltern, die sich auf die sachgerechte Satzungsauslegung verlassen hätten.

Herr Steuber ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass es unabhängig von dem zuvor beschriebenen Problem noch Bedarf gebe, die bestehende Satzung in einem redaktionellen Punkt anzupassen. Man habe in § 4 der Satzung eine Vorschrift, die auf KiBiz verweise. Diese sei jetzt durch das Änderungsge-  
setz geändert worden. Da bestehe Bedarf, die Änderung anzupassen. Für alle anderen Tatbestände gebe es keine zwingende Notwendigkeit, die Satzung zu ändern.

Herr Strüwer erinnert an die hitzige Debatte in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, bei der es darum ging, inwieweit die Regelung der Beitragsbefreiung der Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung auch in Bezug auf die Geschwisterkindregelung zu handhaben sei. Dazu habe es im Rat der Stadt Hagen einen neuen Antrag gegeben.

Mit knapper Mehrheit sei entschieden worden, an die Landesregierung zu appellieren, zu dieser Problematik klare Regelungen zu treffen, dabei die Grundlagen der Konnexität zu berücksichtigen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch die Kommunalaufsicht eine von der Kommune zu treffende Regelung mit absegne.

## 7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

Herr Dr. Brauers berichtet, dass das in der letzten Sitzung angesprochene Problem bezüglich der Mittagsverpflegung nicht mehr bestehe. Man habe in der Zwischenzeit noch über 200 Bewilligungen in diesem Bereich ausgesprochen. Man bemühe sich intensiv um Teilhabepartner. Er habe bisher nur positive Rückmeldungen über das Zusammenspiel im Bereich von Bildung und Teilhabe bekommen.

## 8. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gemäß § 6 der GeschO des Rates hier: Bewerbung als Modellkommune zum Projekt "Kommunale Präventionsketten" Vorlage: 0897/2011

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erläutert den Antrag und bittet um Unterstützung seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Klos-Eckermann zeigt sich sehr erfreut über den Antrag der CDU-Fraktion. Die Formulierungen auf der Rückseite, in denen ein positives Votum der Vorarbeiten abgegeben werde, hätten ihr besonders gut gefallen. Der Antrag sei sehr gelungen und habe ihre absolute Zustimmung. Die Frage der Kosten werde wahrscheinlich der Knackpunkt sein und sie hoffe sehr, dass der Regierungspräsident das Projekt unterstütze.

Frau Burghardt schließt sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an. Sie hoffe, dass Hagen als Modellkommune aufgenommen werde. Sie gehe davon aus, dass man mit der bereits geleisteten Vorarbeit eine gute Grundlage habe.

Herr Strüwer erinnert daran, dass man für den 10. November eine Unterausschusssitzung zum Thema Erziehungshilfe geplant habe. Er schlage vor, den Termin aufrecht zu erhalten. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit man die bisherigen Arbeitsergebnisse in Richtung „Modellprojekt“ verschieben könne. Das Projekt solle im November vorgestellt werden. Es solle bereits am 01.01.2012 starten.

Herr Steuber merkt an, dass seitens der Bertelsmann Stiftung und des Landes NRW darüber informiert worden sei, dass am 09.11.2011 ganztägig die Auftaktveranstaltung im Kolosseumtheater Essen stattfinde. Man habe vor, mit einigen Mitarbeitern an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Es sei daher sinnvoll, sich nach diesem Termin in der Sitzung des Unterausschusses damit zu beschäftigen.

Herr Reinke regt an, den Ausschussmitgliedern die Projektbeschreibung der

Landesregierung bekannt zu machen.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme als Modellkommune im Projekt „Kommunale Präventionsketten“ der Landesregierung zu beantragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle bisherigen Bemühungen im Zusammenhang mit den „Frühen Hilfen“ als Gesamtstrategie darzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine dezernatsübergreifende Koordinierungsstelle einzurichten und die vom Fördergeber vorgegebene Evaluation der angeforderten Daten sicherzustellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel und unverzüglich mit der Kommunalaufsicht zu klären, ob sie eine Teilnahme Hagens als Modellkommune unterstützt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>12</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

## **9. Bericht 2010 Kultopia / Music Office Hagen Hier: Programm und Projekte 2011, Nachwuchsförderung Populärmusik**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr König vom Kultopia und Herr Chahine vom Music Office Hagen stellen das Programm 2010, die Projekte 2011 und die Nachwuchsförderung Populärmusik vor (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Herr Chahine berichtet u.a. von einem Projekt über Integration und gesellschaftliche Teilhabe, das von der ESW durchgeführt wird. Die Auftaktveranstaltung finde am 02. Dezember in Berchum statt. Am 03. Dezember finde die

Premiere im Kultopia statt.

Parallel dazu laufe das Projekt „Muslim 3.0“. Das sei ein sehr interessantes Modellprojekt. Man arbeite dabei ausschließlich mit jungen muslimischen Männern zusammen. Es gehe um die Vereinbarkeit von Islam und Moderne. Die Auftaktveranstaltung Anfang Oktober habe großen Anklang gefunden. Am 17. Dezember finde die zweite Aufführung statt.

Er lädt die Ausschussmitglieder herzlich dazu ein.

Herr König stellt abschließend fest, dass sich die Proberaumsituation für Bands in dieser Stadt zunehmend problematisch gestalte.

Herr Strüwer bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Frau Klos-Eckermann bittet die Verwaltung, einen Sachstand bezüglich der Situation der Proberäume zu erstellen.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass die Bands unterstützt werden sollten.

Herr Chahine macht deutlich, dass bereits eine Vision darüber bestehe, wie es funktionieren könne. Eine entsprechende Konzeption könne vorgelegt werden.

Herr Goldbach fragt gezielt nach, was denn genau der Auftrag an die Verwaltung sei. Er verstehe es so, dass die Proberaumsituation dargelegt werden solle. Er ruft in Erinnerung, dass man zum Beispiel, wenn es um den Schlachthof gehe, als Verwaltung gar nicht tangiert sei, da sich dieser in Privatbesitz befände. Das gelte auch für andere Flächen.

Er macht deutlich, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sei, Proberäume zur Verfügung zu stellen. Es stünden auch weder Immobilien, noch finanziellen Mittel dafür zur Verfügung. Es könnten lediglich die Rahmenbedingungen und akuten Brennpunkte dargelegt werden.

Frau Burghardt kann das nachvollziehen, bittet aber dennoch, den Prozess zu begleiten und nach Möglichkeit zu unterstützen.

Herr Strüwer erinnert sich daran, dass noch vor kurzem in einem Bericht geäußert worden sei, dass das Problem der fehlenden Bandräume gar nicht mehr bestehe. Es gebe wohl zurzeit ein paar Unwägbarkeiten. Er habe den Auftrag von Frau Klos-Eckermann dahingehend verstanden, dass man eine Bestandsaufnahme machen solle. Das mache ja auch Sinn, wenn man als Jugendhilfeausschuss die Nachwuchsförderung als Aufgabe wahrnehmen wolle. Er schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss Anfang 2012 mit dieser Thematik beschäftige.

Herr Steuber ist der Meinung, dass es über die Zielgruppe der jungen Menschen hinausgehe. Man brauche eine konzentrierte Aktion, bei der man Kultur, Musikschule, Liegenschaftsverwaltung u.a. ins Boot hole.

Herr Strüwer hält das für einen guten Vorschlag und bedankt sich bei den Berichterstattern und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

10. **Satzung der Stadt Hagen für öffentliche Spielflächen**  
**Vorlage: 0735/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist auf die ausgelegte Tischvorlage und auf die Beschlussfassungen aus den Bezirksvertretungen Hohenlimburg und Haspe hin.

Herr Goldbach gibt einen kurzen Einstieg. Der Jugendhilfeausschuss berate in der heutigen Sitzung eine Vorlage, die bis in den Rat gehe. Die Satzung beinhalte Ausnahmeregelungen. Er zitiert die Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen Haspe und Hohenlimburg. Die Tischvorlage enthalte die in der Sitzung des Unterausschusses diskutierten Änderungen.

Frau Schwanke erläutert die Vorlage und die zu berücksichtigen Änderungen und diejenigen, die keine Berücksichtigung finden konnten.

Auf die Anregung von Herrn Strüwer, die Nutzung von Schulhöfen ab 7.30 Uhr als Ausnahme aufzunehmen, erklärt Frau Klos-Eckermann, dass die Nutzung der Schulhöfe über die Schulen geregelt sei.

Herr Strüwer stellt daraufhin fest, dass die Nutzung der Schulhöfe nur für den Fall thematisiert werde, wenn es zu Problemen kommen sollte.

Herr Strüwer stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, **unter Einbeziehung der Empfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 20.09.2011 (siehe Anlage)** folgenden Beschluss zu fassen:

1. die Satzung der Stadt Hagen für öffentliche Spielflächen, wie sie als Anlage 1 Gegenstand der Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr. 0735/2011) vom 07.09.2011 ist, **allerdings ohne die abweichende Altersbeschränkung und Nutzungszeit für den Kinderspielplatz Solingweg**,
2. den VI. Nachtrag zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Hagen vom 24. Oktober 1985 (Gebietsordnung) in der Fassung des V. Nachtrags vom 5. Juli 2006, wie er als Anlage 2 Gegenstand der Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr. 0735/2011) vom 07.09.2011 ist.
3. **Die Verwaltung wird gebeten, an jeder Spielfläche die neue Satzung gut kenntlich zu veröffentlichen.**

4. Die Sonderregelungen für den Bolzplatz Jungfernbruch und den Kinderspielplatz Oedeweg sollen insofern verändert werden, dass zwar die Altersbeschränkung bestehen bleibt, aber die Uhrzeit aufgehoben wird. Es sollen die generellen Öffnungszeiten gelten.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

11. **Abschlussbericht zur Einsparung von 158.000 € aus den Budgetverträgen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege**  
Vorlage: 0693/2011

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke erinnert daran, dass er in der Juni-Sitzung des JHA zum Thema Suchtberatung gebeten habe, das Raumkonzept und das Vertragswerk zur Kenntnis zu geben. Leider gebe es bis heute keine Rückmeldung dazu.

Herr Goldbach berichtet zum aktuellen Stand, dass man beim letzten Treffen der Träger in Hinblick auf das Vertragswerk einig geworden sei. Zum Raumkonzept habe man noch zwei Alternativen offen. Daher habe man dieses noch nicht darlegen können.

Er schlägt vor, dem Ausschuss die Ergebnisse Anfang des nächsten Jahres vorzustellen.

**Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmengleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen

**12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

gez. Willi Strüwer  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin